

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Kpf., bei Lieferung frei Haus 55 Kpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsansage für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil: Sporn u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. - D. N. L.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 500

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr 49

Montag, den 28. Februar 1938

90. Jahrgang

Es bleibt alles beim alten

Frankreichs Außenpolitik vor der Kammer - 160 Abgeordnete enthalten sich der Stimme

Die große Debatte über die Fortführung des außenpolitischen Kurses der Volksfront wurde in den frühen Sonntagmorgensstunden nach Erklärungen des Ministerpräsidenten Chaumemps und des Außenministers Delbos mit einer Abstimmung beendet, bei der 439 Abgeordnete für und zwei gegen die Regierung stimmten. Große Beachtung fand jedoch die Tatsache, daß sich der Rest von etwa 160 Abgeordneten der Stimme enthielt. Der vom Linksausschuß vorgelegte Antrag, zu dem die Regierung die Vertrauensfrage stellte, hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut auf sie, daß sie die nationale Würde, den Frieden und die Achtung vor den Verträgen im Rahmen der kollektiven Sicherheit und des Genfer Bundes zu wahren wissen werde.“

Chaumemps in den alten Bahnen

Ministerpräsident Chaumemps wies in seiner Rede einleitend den Vorwurf der Schwäche zurück, den ihm der ehemalige Ministerpräsident Flandin gemacht hatte. Die Regierung lehne schon jetzt gewisse Forderungen ab, wie beispielsweise den Verzicht auf die kollektive Sicherheit.

Was die Verständigung mit den totalitären Staaten angehe, so erlaube es weder die Sorge um die französische Sicherheit noch diejenige um die Würde Frankreichs, eine Verzichtspolitik zu betreiben. Mit deutlicher Anspielung auf die kommunistischen Forderungen erklärte Chaumemps dann, daß die Regierung andererseits aber auch eine sogenannte Aktivierungspolitik ablehne, da sie für den Frieden gefährlich sei. Der französisch-sowjetische Pakt sei für Frankreich kein ideologisches Abkommen. Er sehe allen offen und bedrohe niemanden. Er sei ein Friedens- und kein Kriegsinstrument (!).

Das Ziel Frankreichs sei nicht, zwei sich gegenüberstehende Blöcke zu bilden, sondern alle friedliebenden Nationen zu sammeln, um den Krieg zu verhindern. Er glaube, daß Frankreich, ohne die Freundschaft zu England, die die Grundlage der französischen Politik darstelle, irgendwie zu trüben, seine überlieferungsgemäße Politik fortsetzen könne. Die Genfer Liga sei die beste Garantie des Friedens und der Zivilisation.

Auf die englisch-italienischen Besprechungen eingehend, erklärte Chaumemps, Frankreich hege gegenüber dem italienischen Volke Gefühle freundschaftlicher Sympathie. Es wäre glücklich gewesen, mit der italienischen Regierung neue Abkommen zu treffen. Aber es seien Konflikte ausgebrochen, die die französische Regierung aufrichtig beenden sehen möchte. Wenn Frankreich genügende Garantien für die Nichtmischung in die spanischen Angelegenheiten und die Aufrechterhaltung der Lage im Mittelmeer erhalte, würde es sich außerordentlich glücklich schätzen, die Beziehungen zu Italien enger zu gestalten.

Der Ministerpräsident ging sodann auf die deutsch-französischen Beziehungen ein. So sehr Frankreich eine Annäherung wünsche, so müsse man doch zugeben, daß die letzten Ereignisse und Erklärungen nicht geeignet seien, diese Annäherung zu erleichtern (?). „Ich bestätige nach Dyon Delbos“, so betonte Chaumemps, „daß Frankreich sich nicht seiner Pflicht entziehen kann, die mittel-europäischen Staaten und die Tschechoslowakei zu beschützen“. Frankreich könne auch nicht die Einmischung ausländischer Mächte in Spanien dulden. Chaumemps gab sodann der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, deutsch-französische Annäherungsverhandlungen zu einem glücklichen Abschluß zu führen.

Auf „gewisse Drohungen“ habe die französische Regierung durch die Verstärkung der Landesverteidigung und die Beschleunigung der Herstellung des Rüstungsmaterials geantwortet.

Flandin: „Man muß neue Wege gehen“

Der ehemalige Ministerpräsident Flandin übte scharfe Kritik an der Außenpolitik der Volksfront, die sich auf wertlose Garantien der Genfer Liga stütze. Als Flandin erklärte, er sei der einzige, der mit Recht auf solche Irrtümer hinweisen könne, da er die Kammer zeitig genug gewarnt habe, kam es zu einer Auseinandersetzung mit Léon Blum. Blum versuchte, die Schuld für die damaligen Fehler Flandin zuzuschreiben. Flandin bemerkte anschließend, daß das System der „kollektiven Sicherheit“ überall pläze. Der Genfer Verein habe so oft versagt, daß man sich nicht auf ihn stützen könne.

Zum Schluß trat Flandin für Verhandlungen mit Italien und Deutschland ein. Diejenigen, die von Unterhandlungen mit Deutschland abrieten, hätten die Jugend beider Länder nicht befragt. Der weitest überwiegende Teil der Jugend sei für eine Verständigung. Auf neue Ereignisse könne man eben nicht mit alten Formeln antworten.

Unerhörte Kriegsbege Reynauds

Im weiteren Verlauf der Kammer Sitzung ergriff auch der Abgeordnete Paul Reynaud das Wort, um unter phrasenhaften Friedensbetuerungen zu einem Kriege gegen Deutschland zu hegen, wo infolge des kurzen Bestehens der Wehrpflicht noch nicht genügend Reserven vorhanden seien; auch Rohstoffe fehlten den Deutschen glücklicherweise. Der Abgeordnete stellte dann die dreifache Behauptung auf, daß sich Deutschland nie zu den Fragen der Politik geäußert habe (!).

Delbos über den „friedfertigen“ Sowjetpakt

Der französische Außenminister Delbos erklärte in seiner Rede vor der Kammer, in der gegenwärtigen Lage Europas sei es die erste Pflicht Frankreichs, „seine materiellen und moralischen Kräfte auf ein Höchstmaß zu entwickeln“. In diesem Sinne habe die Regierung eine neue Anstrengung für die Landesverteidigung beschlossen. Die von den Rednern behandelten Ereignisse seien schwerwiegend, aber Frankreich sei nicht isoliert, „noch sei die Genfer Liga unwiderruflich zur Schwäche verurteilt“.

Die Zurückhaltung, die er, Delbos, hinsichtlich der englischen Krise beobachten müsse, hindere ihn nicht, seinem zurückgetretenen Kollegen Eden Worte der Hochachtung zu widmen. Er vergesse im übrigen nicht die vollständige Übereinstimmung, die stets zwischen Chamberlain und der französischen Regierung geherrscht habe. Die Frage der Beziehungen zu Italien sei mit den englischen Ministern ausführlich behandelt worden. Es sei wünschenswert, daß den Streitigkeiten in Spanien ein Ende gesetzt werde. Wenn die Entsendung von Menschen und Waffen eingestellt würde, würde eine allgemeine Liquidation möglich werden, in die die abessinische Angelegenheit eingeschlossen werden könnte und die von Genf gebilligt werden würde. Nachdem Delbos sodann sein Vertrauen in die Solidarität zwischen England und Frankreich bekräftigt hatte, erinnerte er an die Freundschaft Frankreichs gegenüber Polen und der Kleinen Entente.

Weiter erklärte Delbos, er vertraue auf die „Friedfertigkeit des französisch-sowjetischen Paktes“ (!). Die Regierung sei entschlossen, ihn loyal anzuwenden. Die Regierung werde nach wie vor die Genfer Liga verteidigen, deren Schwächen man Rechnung tragen müsse. Einige Großmächte seien gegen Genf. Die französische Regierung schließe daraus nicht, daß eine Verständigung mit diesen Staaten unmöglich sei, aber eine Verständigung setze einen gemeinsamen Willen voraus, Europa vor dem Zusammenbruch zu retten, von dem es bedroht sei. Wenn Europa

nicht untergehen wolle, müsse es aufhören, nach zu zerreißen.

Delbos ging dann auf die Donaufrage ein und bekräftigte aufs neue die Freundschaft Frankreichs zur Tschechoslowakei. Er erklärte, daß die Verpflichtung Frankreichs gegenüber der Tschechoslowakei gegeben sei.

Die Rede des Außenministers hat keinen besonderen Eindruck hinterlassen. Es fiel allgemein auf, daß er die brennenden Fragen der Gegenwart nur kurz gestreift hat. nennfalls treu eingehalten werden würde“.

„Die Zweideutigkeit dauert an“

So urteilt die Presse:

In der Pariser Sonntagspresse fand die große außenpolitische Aussprache in der Kammer und vor allem die Rede des Ministerpräsidenten eine sehr geteilte Aufnahme.

Man ist im allgemeinen der Ansicht, daß sich nichts geändert hat. Diese Ansicht kommt vor allem in der Rechtspresse zum Ausdruck. Die linksgerichteten Blätter unterstreichen besonders, daß die angebliche Verzichtspolitik, die Flandin vorge schlagen habe, von Chaumemps zurückgewiesen werde.

„Die Zweideutigkeit dauert an“, so schreibt das „Echo de Paris“, und alle anderen Rechtsblätter geben in mehr oder weniger ungeschriebener Form der gleichen Ansicht Ausdruck. Die Vertrauensentscheidung, so stellt das „Journal“ fest, sei sehr ungenau formuliert und lasse allen Auslegungen die Tür offen.

Wladimir d'Ormesson bezeichnet im „Figaro“ die Haltung der Regierung als schwach, weil sie negativ und verbraucht sei und schlecht mit dem Ernst der Ereignisse in Einklang gebracht werden könne. Weder Delbos noch Chaumemps hätten die richtigen Worte gefunden, um den Eindruck zu erwecken, daß ein neuer Geist die Außenpolitik des Landes befehle. In Wirklichkeit sei dies aber gar nicht möglich, denn diese Außenpolitik werde von der innerpolitischen Lage bestimmt.

Chaumemps' Druck auf den Senat

Er dröhete mit Rücktritt

Der französische Senat setzte seine Aussprache über die ersten beiden Paragraphen des modernen Arbeitsstatuts fort. Nachdem Senator Millerand zu Beginn der Sitzung noch einmal auf die Schwierigkeiten des gesamten Arbeitsproblems hingewiesen hatte, griff Ministerpräsident Chaumemps in die Debatte ein. Ohne Umschweife erklärte Chaumemps, daß die allgemeine Politik der Regierung eng an die schnelle Erledigung des Arbeitsstatuts geknüpft sei. Falls der Senat beabsichtige, die von der Kammer in erster Lesung verabschiedeten Gesetztexte so abzuändern oder zu verstümmeln, daß eine Einigung zwischen den beiden Häusern unmöglich werde, so könne sich auch die Regierung unmöglich halten. Er könne nur sagen, daß er nicht länger als vierzehn Tage an der Regierung bleiben werde, falls die Gesetztexte so, wie sie von der Kammer verabschiedet worden seien, vom Senat verworfen würden.

In seiner Nachmittagsitzung nahm der Senat dann die beiden ersten von der Kammer verabschiedeten Artikel des modernen Arbeitsstatuts mit zwei unwesentlichen Änderungen an.

„Keine bessere Wahl“

Freundliche Aufnahme von Lord Halifax

Die Ernennung von Lord Halifax zum Außenminister findet, nachdem sie der englischen Öffentlichkeit nicht überraschend kam, in der Londoner Presse große Beachtung. Besondere Bedeutung wird dem Umstand beigemessen, daß Lord Halifax Präsident des Geheimen Staatsrates geblieben ist. Hieraus folgert man zum Teil, daß Lord Halifax nicht beabsichtige, unbegrenzt im Außenamt zu bleiben. Die Opposition ist mit der Befehung des

